

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 4. Mai 1987
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Förderung und Schutz deutscher Kapitalanlagen im Ausland

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Auslandsinvestitionen, insbesondere durch Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, wertentsprechender Entschädigung bei Enteignung, freiem Transfer von Kapital und Erträgen, internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (42) – 651 09 – Ka 56/87

Bonn, den 21. Oktober 1987

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 4. Mai 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages und des zugehörigen Protokolls in deutscher und spanischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 581. Sitzung am 16. Oktober 1987 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 4. Mai 1987
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 4. Mai 1987 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, sowie der Tag, an dem beide Vertragsparteien im Hinblick auf Protokollnummer 7 Buchstabe b zu Artikel 11 des Vertrags Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben. Gemäß Protokoll-

nummer 7 Buchstabe b zu Artikel 11 des Vertrags werden Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei gemäß den Regeln des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet werden, wenn beide Vertragsparteien Mitglieder des vorgenannten Übereinkommens geworden sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits seit dem 18. Mai 1969 Vertragsstaat dieses Übereinkommens. Sobald diese Voraussetzung auch für die Republik Östlich des Uruguay gegeben ist, bedarf es einer Bekanntmachung, daß nunmehr Investitionsstreitigkeiten gemäß den Regeln des Übereinkommens vom 18. März 1965 beigelegt werden.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau ergeben sich nicht.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay
sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Östlich des Uruguay –

La República Federal de Alemania
y
la República Oriental del Uruguay,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Good-will;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder ähnliche Entgelte entfallen;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

Animadas del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado, y

Reconociendo que el fomento y la protección mediante tratado de esas inversiones de capital pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

Para los fines del presente Tratado,

1. El concepto de “inversiones de capital” comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) participaciones en sociedades y otro tipo de participaciones;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de autor, derechos de propiedad industrial, procedimientos tecnológicos, marcas comerciales, nombres comerciales, know how y valor llave;
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de exploración y explotación.Una modificación en la forma de inversión de los bienes no afecta a su carácter de capital invertido.
2. El concepto de “rentas” designa: Aquellas cantidades que corresponden a una inversión de capital por un período determinado, en concepto de participación en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia o remuneraciones similares.
3. El concepto de “nacionales” designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania,

- b) in bezug auf die Republik Östlich des Uruguay:
Uruguayer im Sinne ihrer Verfassungsnormen;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel, ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Republik Östlich des Uruguay:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im uruguayischen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel, ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Von den Bestimmungen dieses Vertrags sind solche Tätigkeiten ausgeschlossen, die aus Gründen der Sicherheit, der Sittlichkeit, der Volksgesundheit oder der öffentlichen Ordnung unzulässig oder Staatsangehörigen vorbehalten sind.

(3) Die Vertragsparteien werden Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die auf diese Weise zugesicherte Behandlung gilt nicht für Vergünstigungen und Vorrechte, die eine Vertragspartei Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund ihrer Eigenschaft als Mitglied oder assoziierter Staat einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder eines Gemeinsamen Marktes gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung wirksam oder öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüg-

- b) con referencia a la República Oriental del Uruguay:
los uruguayos en el sentido de sus normas constitucionales.

4. El concepto de "sociedades" designa:

- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
todas las personas jurídicas, así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica, que tengan su sede en el área alemana de aplicación del presente Tratado y que existan jurídicamente conforme a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios, copropietarios o miembros sea limitada o ilimitada, o que su actividad tenga o no fines lucrativos;
- b) con referencia a la República Oriental del Uruguay:
todas las personas jurídicas, así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica, que tengan su sede en el área uruguaya de aplicación del presente Tratado y que existan jurídicamente conforme a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios, copropietarios o miembros sea limitada o ilimitada, o que su actividad tenga o no fines lucrativos.

Artículo 2

1. Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes permitirá dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible.

2. Quedan excluidas de lo dispuesto en este Tratado aquellas actividades que por razones de seguridad, moralidad, sanidad u orden público, se encuentren prohibidas o reservadas a nacionales.

3. Las Partes Contratantes en todo caso, tratarán justa y equitativamente las inversiones de capital.

Artículo 3

1. Cada Parte Contratante no someterá en su territorio a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o a inversiones de capital en las cuales participen nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un tratamiento menos favorable que a las inversiones de capital de sus propios nacionales y sociedades, o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Cada Parte Contratante no someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades, o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. El tratamiento de esta manera garantizado no se aplicará a los beneficios y privilegios que cualquiera de las Partes Contratantes otorgue a los nacionales o sociedades de un tercer país como consecuencia de su calidad de miembro de o asociado con una unión aduanera o económica, zona de libre comercio o mercado común.

Artículo 4

1. Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

2. Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá responder al valor de la inversión inmediatamente antes de la fecha de hacerse efectiva o pública la expropiación o nacionalización. La indemnización deberá satisfacerse sin

lich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenzgebühren und ähnlichen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d definierten Rechte;
- e) des Liquidationserlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem im Zeitpunkt des Transfers gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus jenen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

demora y percibirá intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medidas equiparables, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legitimidad de la expropiación, nacionalización o medidas equiparables, y la cuantía de la indemnización, deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

3. Los nacionales o las sociedades de una de las Partes Contratantes que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante, sufran pérdidas en sus inversiones de capital, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades serán libremente transferibles.

4. En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de nación más favorecida.

Artículo 5

Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de las remesas relacionadas con una inversión de capital, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) de derechos de licencia y de remuneraciones similares correspondientes a los derechos especificados en el apartado d) del párrafo 1 del artículo 1;
- e) del producto de la liquidación en el caso de enajenación total o parcial de la inversión de capital.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 10 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos), los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que su precedente titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse a la correspondiente Parte Contratante en virtud de los derechos transferidos, regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del artículo 4 y el artículo 5.

Artículo 7

1. Las transferencias conforme al párrafo 2 ó 3 del artículo 4, al artículo 5, o al artículo 6, se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en el momento en que se realicen las mismas.

2. Dicha cotización deberá estar de acuerdo con el tipo cruzado resultante de los tipos de cambios que el FMI aplicaría si en la fecha del pago, cambiara las monedas de los países interesados en DEG.

Artículo 8

1. Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del derecho internacional al margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so gilt diese Regelung als Bestandteil dieses Vertrags, soweit sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags besteht, beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem im gegenseitigen Einvernehmen ausgewählten Schiedsrichter zur Entscheidung zu unterbreiten. Kommt innerhalb von drei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß sie die Schiedsgerichtsbarkeit in Anspruch nehmen wolle, keine Einigung über die Ernennung des Schiedsrichters zustande, so wird die Angelegenheit auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet, das wie folgt gebildet wird: Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und diese beiden Schiedsrichter ernennen im gegenseitigen Einvernehmen einen Obmann des Schiedsgerichts, der Staatsangehöriger eines dritten Staates sein soll. Die beiden Schiedsrichter müssen innerhalb einer Frist von zwei Monaten und der Obmann innerhalb einer Frist von drei Monaten ernannt sein, gerechnet vom Ablauf der für die Ernennung des Einzelschiedsrichters festgesetzten Frist.

(3) Werden die im vorstehenden Absatz vorgesehenen Ernennungen nicht innerhalb der dort vorgesehenen Fristen vorgenommen, so kann, soweit nichts anderes vereinbart wird, jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofs die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident dieses Gerichtshofs die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus anderen Gründen verhindert, so soll das nach Dienstalter nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen des Einzelschiedsrichters und die des Schiedsgerichts sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr benannten Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren. Die Kosten des Einzelschiedsrichters sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Der Einzelschiedsrichter oder das Schiedsgericht können eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regeln sie das Verfahren selbst.

(5) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so

Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación se considerará parte del presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2. Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital mediante acuerdo con nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 9

El presente Tratado se aplicará también, a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor de dicho Convenio por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última.

Artículo 10

1. Las divergencias de opinión que surgieren entre las Partes Contratantes respecto de la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán ser resueltas, en lo posible, mediante negociaciones entre los Gobiernos de las Partes Contratantes.

2. Si una divergencia no pudiera ser dirimida de esa manera dentro de seis meses, contados desde la fecha en que una Parte Contratante haya comunicado a la otra Parte Contratante que existe una divergencia de opinión sobre la interpretación o aplicación del Tratado, será sometida, a petición de cualquiera de las Partes Contratantes, a la decisión de un Arbitro designado de común acuerdo. En caso de no producirse acuerdo acerca de la designación del Arbitro dentro del plazo de tres meses contado desde la fecha en que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra Parte su decisión de recurrir a la jurisdicción arbitral, el asunto será sometido, a petición de cualquiera de las Partes, a un Tribunal Arbitral, designado en la forma siguiente: cada una de las Partes Contratantes nombrará un Arbitro y estos dos Arbitros designarán de común acuerdo, al Presidente del Tribunal Arbitral, que será nacional de un tercer Estado. Los dos Arbitros deberán ser designados dentro del plazo de dos meses y el Presidente del Tribunal Arbitral dentro del plazo de tres meses, a contar de la expiración del plazo fijado para la designación del Arbitro único.

3. Si dentro de los plazos señalados en el párrafo anterior no se hicieron las designaciones previstas en él, y no se conviniere otra cosa, cada una de las Partes Contratantes tendrá derecho a pedir al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que proceda a hacer los nombramientos necesarios. Si el Presidente de la Corte Internacional de Justicia fuere nacional de una de las Partes Contratantes, o estuviese impedido por cualquier causa, las designaciones serán hechas por el Vicepresidente de la misma Corte. Si el Vicepresidente fuere nacional de una de las Partes Contratantes, o estuviese impedido por otra causa, las designaciones serán hechas por el miembro de la Corte Internacional de Justicia de mayor antigüedad, que no sea nacional de ninguna de las Partes Contratantes.

4. El Tribunal Arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Las decisiones del Arbitro unipersonal y las del Tribunal Arbitral son obligatorias. Cada una de las Partes Contratantes pagará los gastos del Arbitro que hubiere designado, como así mismo los que ocasionare su defensa en el procedimiento. Los del Arbitro unipersonal y las demás costas serán de cargo de ambas Partes Contratantes por mitades. El Arbitro unipersonal o el Tribunal Arbitral podrán adoptar una decisión distinta en cuanto al pago de costas. En lo demás regularán por sí mismos el procedimiento.

5. Si ambas Partes Contratantes se hubieran adherido a la Convención para la regulación de diferencias sobre inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados de 18 de marzo de

kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen im Sinne dieses Vertrags zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne des Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Streitparteien den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Gebiet die Investition getätigt wurde, zu unterbreiten. Sobald eine Entscheidung der zuständigen Gerichte vorliegt, kann jede der beiden Streitparteien ein internationales Schiedsgericht anrufen, damit dieses Gericht eine Feststellung darüber trifft, ob und inwieweit diese Entscheidung mit den Bestimmungen dieses Vertrags übereinstimmt. Jede Streitpartei kann das internationale Schiedsgericht auch anrufen, wenn binnen achtzehn Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens eine Entscheidung der zuständigen Gerichte nicht vorliegt; in diesem Fall hat das internationale Schiedsgericht die Zuständigkeit, die Meinungsverschiedenheit insgesamt zu entscheiden. Durch diese Regelung wird Artikel 10 nicht berührt.

(3) Das in Absatz 2 genannte internationale Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet. Dabei sind die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 des Artikels 10 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts gemäß Artikel 10 Absatz 2 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die dort genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Östlich des Uruguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Montevideo ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern

1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del artículo 27 de dicha Convención, acudir al Tribunal Arbitral arriba previsto en tanto que entre el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante se haya llegado a un acuerdo conforme al artículo 25 de la Convención. No quedará afectada la posibilidad de acudir al Tribunal Arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión judicial del Tribunal Arbitral de la mencionada Convención (artículo 27), o en el caso de traspaso por disposición legal o por acto jurídico, conforme al artículo 6 del presente Tratado.

Artículo 11

1. Las divergencias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones en el sentido del presente Tratado, deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes interesadas.

2. Si una divergencia en el sentido del párrafo 1 no pudiera ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes interesadas la haya promovido, será sometida a petición de una de las partes a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se haya hecho la inversión. Tan pronto haya una decisión judicial de los tribunales competentes, cualquiera de las partes podrá recurrir a una Corte Internacional de Arbitraje a los efectos de que declare si la decisión judicial se ajusta y hasta que punto a los términos de este Tratado. Si transcurrido un plazo de 18 (dieciocho) meses de promovida la acción judicial no hubiese pronunciamiento, cualquiera de las partes podrá recurrir a la Corte Internacional de Arbitraje, la que en este caso tendrá competencia para resolver la divergencia en su totalidad. Por esta disposición, no quedará afectado el artículo 10.

3. El tribunal arbitral mencionado en el párrafo 2 se constituye en cada caso. Regirán mutatis mutandis las disposiciones de los párrafos 2 a 4 del Artículo 10, con la reserva de que las partes en litigio designarán a los miembros del Tribunal Arbitral de acuerdo con lo previsto en el párrafo 2 del Artículo 10 y de que si no se cumplieren los plazos señalados en dicho párrafo, cualquiera de las partes en litigio podrá, a falta de otras disposiciones, solicitar al Presidente de la Corte de Arbitraje de la Cámara Internacional de Comercio de París que proceda a las designaciones necesarias.

Artículo 12

El presente Tratado seguirá en vigor aún en caso de conflicto entre las Partes Contratantes, sin perjuicio del derecho de tomar medidas provisionales autorizadas por las normas generales del Derecho Internacional. Las medidas de esa índole serán derogadas a más tardar en el momento en que termine el conflicto, independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas.

Artículo 13

Con excepción de las disposiciones del número 8) del Protocolo, en la medida en que éstas se refieran a la navegación aérea, el presente Tratado se aplicará también al Land Berlin, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República Oriental del Uruguay dentro de los 3 meses siguientes a la entrada en vigor del presente Tratado.

Artículo 14

1. El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en la República Oriental del Uruguay.

2. El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de 15 años y se prolongará después

nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 4. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos quince años, podrá denunciarse el Tratado en cualquier momento, pero seguirá en vigor todavía por un año a partir de la fecha en que se haya hecho la denuncia.

3. Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 al 13 seguirán rigiendo durante los 20 años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

Hecho en la ciudad de Bonn, el día 4 del mes de mayo del año mil novecientos ochenta y siete, en dos ejemplares en idiomas español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Ruhfus

Für die Republik Östlich des Uruguay
Por la República Oriental del Uruguay
Zerbino

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Als „andere Arten von Beteiligungen“ gemäß Nummer 1 Buchstabe b wird man vor allem solche Kapitalanlagen ansehen, die ihrem Inhaber keine Stimm- oder Kontrollrechte vermitteln.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt. Der vorliegende Vertrag findet keine Anwendung auf Investoren, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.
- d) Zur Feststellung, ob der Begriff „Gesellschaft“ gemäß Nummer 4 anwendbar ist, wird auf ihren Sitz abgestellt, wobei hierunter der Ort zu verstehen ist, an dem die Gesellschaft ihre Hauptverwaltung oder in Ermangelung einer solchen den Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen Interesses hat.

(2) Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Protocolo

En el acto de la firma del Tratado sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay los infrascriptos plenipotenciarios han adoptado además los siguientes acuerdos, que se considerarán como parte integrante del Tratado:

1) Ad Artículo 1

- a) Por otro tipo de participaciones, según el apartado 1 literal b, se entenderá especialmente aquellos aportes de capital que no otorguen derecho de voto o control a su titular.
- b) Las rentas de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión, también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- c) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la respectiva Parte Contratante. El presente Tratado no se aplicará a los inversores que sean nacionales de ambas Partes Contratantes.
- d) En la determinación del concepto de sociedades, de acuerdo a lo dispuesto en el numeral 4, se atenderá a su sede, que se entenderá como lugar en el que la sociedad tenga su administración principal, o a falta de ella, el centro de interés económico.

2) Ad Artículo 2

Gozarán de la plena protección de este Tratado las inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el ámbito de la ley de esta Parte por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.

3) Ad Artículo 3

- a) Como “actividades” en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán especial pero no exclusivamente, la administración, el empleo, uso y aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como trato “menos favorable” en el sentido del párrafo 2 la limitación en adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y de explotación de todas clases, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos.
- b) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitará con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de la otra Parte Contratante que, en relación con la puesta en marcha y la realización de una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la primera Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quiera entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariado. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

c) Artikel 3 findet keine Anwendung auf die steuerlichen Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

d) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

(4) Zu Artikel 4

a) Unter „Enteignung“ ist jede Entziehung oder jede einer Entziehung gleichkommende Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

b) Ein Anspruch auf Leistung einer Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen gemäß Buchstabe a in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten oder Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

(7) Zu Artikel 11

a) Entscheidung der zuständigen Gerichte im Sinne des Absatz 2 bedeutet für die Republik Östlich des Uruguay die gerichtliche Entscheidung in einer einzigen Instanz.

b) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei gemäß den Regeln des vorgenannten Übereinkommens dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet werden.

(8) Bei Beförderung von Personen und Gütern, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, trifft keine Vertragspartei Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung ihrer Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren. Soweit Genehmigungen für die Durchführung der vorgenannten Transporte erforderlich sind, werden diese erteilt. Hierunter fallen Beförderungen von:

a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;

c) El artículo 3 no es aplicable a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble tributación o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

d) Las disposiciones del presente artículo no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio, a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.

4) Ad Artículo 4

a) Bajo el concepto de “expropiación” se comprende la privación o limitación equivalente de todo derecho a un bien que por sí solo o con otros derechos constituye una inversión de capital.

b) El derecho a indemnización se da aún en el caso en que se intervenga a través de medidas estatales, referidas en el literal a), en la empresa que es objeto de la intervención y como consecuencia de ello se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

5) Ad Artículo 7

Se considera como realizada “sin demora” una transferencia en el sentido del párrafo 1 del artículo 7, cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

6) Ad Artículo 9

El presente Tratado en ningún caso se aplicará a las divergencias o litigios surgidos antes de su vigencia.

7) Ad Artículo 11

a) Decisiones de los tribunales competentes en el sentido del apartado 2 significa, para la República Oriental del Uruguay, la decisión judicial en una única instancia.

b) Si ambas Partes Contratantes se hubieren adherido a la Convención para la regulación de diferencias sobre inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, las divergencias de opinión relacionadas con inversiones entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante serán sometidas al Centro Internacional para el arreglo de litigios sobre inversiones, de acuerdo con los reglamentos del Convenio antes citado.

8) 1) Respecto a los transportes de personas y mercancías en relación con una inversión de capital, ninguna Parte Contratante adoptará medidas que excluyan o dificulten la participación en igualdad de derechos de las empresas de transporte. Cuando sean necesarias autorizaciones para la realización de los transportes referidos, las mismas serán otorgadas.

2) Quedan comprendidas en la cláusula precedente los transportes de:

a) mercancías destinadas directamente a la inversión de capital en el sentido del presente Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa, o por encargo de una empresa, en la que hay capital invertido en el sentido del presente Tratado;

- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung von Kapitalanlagen reisen. b) personas que viajan en relación con la puesta en marcha o la realización de inversiones de capital.

Geschehen zu Bonn am 4. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en la ciudad de Bonn, el día 4 del mes de mayo del año mil novecientos ochenta y siete, en dos ejemplares en idioma español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Ruhfus

Für die Republik Östlich des Uruguay
Por la República Oriental del Uruguay
Zerbino

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Kapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von privaten Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern ist der Abschluß von Investitionsförderungs- und Schutzverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen, in dem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen. Ihr Abschluß ist zudem eine wichtige Voraussetzung für weitere Förderungsmaßnahmen, z. B. die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund zur Absicherung solcher Risiken bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen in der Regel dann übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-uruguayische Investitionsförderungs- und Schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit zahlreichen Entwicklungsländern ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm ist ein Protokoll beige-fügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Protokollnummer 1 enthält nähere Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Zusicherung, Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei zu fördern, sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Gemäß Protokollnummer 2 fallen alle Kapitalanlagen unter den Schutz des Vertrags, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Gastlandes vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt.

In Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage. Protokollnummer 3 Buchstabe c und d beziehen sich auf die üblichen Besonderheiten im Zusammenhang mit steuerlichen Vergünstigungen. Es wird klar-gestellt, daß z. B. steuerliche Sonderregelungen aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens mit einem dritten Staat nicht unter das Gebot der Meistbegünstigung des Artikels 3 fallen. Ferner steht die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht in Widerspruch zu dem Grundsatz der Inländerbehandlung, die an die Staatsangehörigkeit anknüpft.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung setzt die wichtigsten Voraussetzungen für eine Enteignung und die Entschädigung fest. In Protokollnummer 4 werden die entschädigungspflichtigen Eingriffe näher erläutert. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern auch auf Eingriffe in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg oder sonstiger bewaffneter Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr wird Inländerbehandlung zugesichert. Außerdem gilt für den gesamten Artikel 4 Meistbegünstigung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie aus einer Garantie gegen politische Risiken für eine Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann (Grundsatz der Subrogation).

Zu Artikel 7

Nach dieser Bestimmung sind Transfers unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs vorzunehmen. In der Protokollnummer 5 ist der Begriff „unverzüglich“ näher erläutert.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes, sei es auf Grund völkerrechtlicher Verpflichtungen, gehen vor. Zugleich sichern sich die Vertragsparteien zu, daß Verpflichtungen einer Vertragspartei eingehalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für sogenannte Altinvestitionen, die bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrags in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften vorgenommen worden sind. Nach Protokollnummer 6 gilt der

Vertrag jedoch nicht für Streitigkeiten in bezug auf Investitionen, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Nach dieser Bestimmung ist für Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei auch ein Verfahren bei einem internationalen Schiedsgericht vorgesehen. Das internationale Schiedsgericht kann angerufen werden, um entweder eine Feststellung darüber zu treffen, ob eine Entscheidung des nationalen Gerichts mit den Bestimmungen des Vertrags übereinstimmt, oder um insgesamt über die Meinungsverschiedenheit zu entscheiden, wenn die zuständigen nationalen Gerichte binnen 18 Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens noch keine Entscheidung getroffen haben. Als Entscheidung der zuständigen Gerichte gilt für die Republik Östlich des Uruguay die gerichtliche Entscheidung in einer einzigen Instanz. Nach Protokollnummer 7 Buchstabe b sind solche Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten in Washington zu unterbreiten, sobald Uruguay ebenfalls dem diesbezüglichen Weltbankübereinkommen vom 18. März 1965 (ICSID) beigetreten ist. Die

Bundesrepublik Deutschland ist bereits seit dem 18. Mai 1969 Vertragsstaat dieses Übereinkommens.

Zu Artikel 12

Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien lassen den Vertrag unberührt. Dies schließt allerdings vorübergehende Maßnahmen auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht aus.

Zu Artikel 13

Der Vertrag enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 14

Der Vertrag bleibt zunächst fünfzehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich sodann – mit einjähriger Kündigungsfrist – auf unbegrenzte Zeit. Im Falle des Außerkrafttretens des Vertrags genießen die bis dahin vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere zwanzig Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und zusätzlichen Regelungen. Sie gelten als Bestandteil des Vertrags.

Abgesehen von den im jeweiligen Zusammenhang bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 8 ein Diskriminierungsverbot hinsichtlich der gleichberechtigten Beteiligung der Verkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei für Transporte im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.